



Gesetzesprojekt "5159" zur nachhaltigen Entwicklung

Für mehr Effizienz statt einer Auflösung der Verantwortlichkeiten

März 2004

Gesetzesprojekt "5159" zur nachhaltigen Entwicklung

Für mehr Effizienz statt einer Auflösung der Verantwortlichkeiten

Im Gegensatz zum Gutachten des Staatsrats ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass die nachhaltige Entwicklung nur dann eine Chance hat umgesetzt zu werden, wenn dafür auch die notwendigen Strukturen vorhanden sind. Diese sind derzeit nicht gegeben!

Insofern begrüßt der Mouvement Ecologique grundsätzlich die Tatsache, dass ein Gesetzesentwurf im Bereich „Strukturen“ zur nachhaltigen Entwicklung vorgelegt wird.

Allerdings kann der Mouvement Ecologique nicht mit wesentlichen Elementen des vorliegenden Entwurfes einverstanden sein, da sie kaum zu einer besseren Wahrnehmung und Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Wie wichtig in der Tat neue Wege sind, wird alleine dadurch bewiesen, dass die bisher im Plan für eine nachhaltige Entwicklung verankerten Ziele nicht einmal ansatzweise eingelöst werden z.B. die Stabilisierung des Bodenverbrauchs im Sinne einer entsprechenden Reduktion um 50% bis zum Jahre 2010!

Die wesentlichsten Kritikpunkte und Forderungen des Mouvement Ecologique sind :

1. Endlich Farbe bekennen : für eine klare Definition des Begriffes „nachhaltige Entwicklung“

Seit Jahren ist bekannt, dass in Luxemburg jeder etwas anderes unter dem Begriff «nachhaltige Entwicklung» versteht. Liest man die verschiedenen Stellungnahmen zum vorliegenden Gesetzesentwurf, so wird dies erneut überdeutlich.

- Der Staatsrat z.B. zögert gar nicht, die **Definition**, wie sie im Brundlandt-Bericht verabschiedet wurde in Frage zu stellen – die «Chambre de Commerce» definiert ganz klar die nachhaltige Entwicklung als „Triumvirat“ Wirtschaft – Soziales und Umwelt. Gleichwohl aber lässt diese Kammer eindeutig durchblicken, dass nur ein angekurbeltes Wirtschaftswachstum überhaupt erlaube, auf sozialer und

ökologischer Ebene aktiv zu werden! Die vom Staatsrat vorgeschlagene Definition zeigt, dass er de facto das Konzept der nachhaltigen Entwicklung nicht real umsetzen will, sondern nur als leere Worthölse sieht und de facto u.a. die aktuelle Wirtschaftspolitik nach dem gleichen Schemata wie bisher weiterführen möchte.

Der Mouvement Ecologique teilt jedoch grundsätzlich die Sichtweise des Staatsrates, dass der Begriff «nachhaltige Entwicklung» so genau wie möglich definiert werden muss. Seine eigene vorgeschlagene Formulierung wird jedoch diesem Anspruch nicht gerecht.

Der Mouvement Ecologique tritt ohne Wenn und Aber für die sogenannte «**starke Nachhaltigkeit**» ein, d.h. für eine gewisse Vorrangstellung der ökologischen Ziele. Sicherlich sollen die 3 Felder Ökologie, Ökonomie und Soziales ineinander greifen. Aber: werden die Lebensgrundlagen zerstört (kippt das Klima, entstehen Probleme auf der Ebene der Wasserversorgung...) so stellt das vor allem auch die wirtschaftliche Aktivität in Frage. Menschliches Leben und wirtschaftliche Aktivitäten setzen nun einmal ein gewisses ökologisches Umfeld voraus, dessen inhärente Funktionsregeln wir nicht verändern können.

Vielmehr ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass es im Interesse der Klärung der Sachlage wäre, wenn die Umweltkommission der Abgeordnetenkammer in diesem Bereich eindeutig Stellung beziehen würde. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Kommission sich ebenfalls für das Konzept einer sog. « starken Nachhaltigkeit» ausspricht.

Sogar die «*Chambre des fonctionnaires et employé publics*» optiert für eine weitreichendere Definition, als im Gesetzestext vorgesehen: «*La notion de "développement durable" a été conçue et définie au fil des années 1970 à 2000 comme "une manière de permettre à tous les hommes vivant actuellement sur Terre de satisfaire leurs besoins sans compromettre la possibilité pour les générations futures de satisfaire leurs propres besoins", "un développement qui répond aux besoins du présent sans compromettre la capacité des générations futures de répondre aux leurs" et "le fait d'améliorer les conditions d'existence des communautés humaines, tout en restant dans les limites de la capacité de charge des écosystèmes".*»

Die Definition im belgischen Gesetz, die etwas weiter reicht als die im Gesetzesprojekt vorgeschlagene, findet somit – als eine Art Kompromiss zwischen den Akteuren - eher die Unterstützung des Mouvement Ecologique. Im Sinne einer gewissen Objektivierung schlägt der Mouvement Ecologique deshalb vor die Definition aus dem belgischen Gesetz zu übernehmen.

- Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass ebenso die Idee der «**Agenda 21**» im Gesetzesprojekt verankert werden muss. Auch wenn in Luxemburg in der Tat in diesem Bereich bisher kaum etwas erfolgte, wird der Agenda21-Prozess sehr

formal in den Rio-Dokumenten festgehalten. Nicht umsonst wird wohl auch im « exposé des motifs » auf den Agenda-Prozess verwiesen. Damit das Prinzip auch endlich Eingang ins Gedankengut in Luxemburg findet, sollte er unbedingt im Gesetzestext selbst übernommen werden. Auch hier wird eine Anlehnung an das belgische Gesetz vorgeschlagen. Es versteht sich von selbst, dass im Falle einer Zustimmung dieser Idee in der Abgeordnetenversammlung sich die Idee der Agenda 21 auch im laufenden Gesetzestext wiederfinden müsste.

Entsprechend sollte Artikel 2 im Sinne des belgischen Gesetzestextes, der im folgenden wiedergegeben wird, komplettiert werden :

Art. 2. Pour l'application de la présente loi, il y a lieu d'entendre par:

- 1. développement durable: le développement axé sur la satisfaction des besoins actuels, sans compromettre celle des besoins des générations futures, et dont la réalisation nécessite un processus de changements adaptant l'utilisation des ressources, l'affectation des investissements, le ciblage du développement technologique et les structures institutionnelles aux besoins tant actuels que futurs;*
- 2. Action 21: le plan d'action, adopté à la Conférence des Nations Unies sur l'Environnement et le Développement (Rio de Janeiro, 1992), qui aborde les problèmes actuels urgents et cherche aussi à préparer le monde aux défis du 21^e siècle;»*

Ausserdem ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass es sinnvoll wäre, im Gesetz auch inhaltliche übergreifende Ziele festzuhalten (z.B. Ressourceneffizienz usw.), um so zumindest die großen inhaltlichen Leitlinien der Regierung abzustecken.

2. Zuständigkeiten im Bereich «nachhaltige Entwicklung» regeln

Die entscheidende Frage schlechthin ist, wo die Zuständigkeit für den Bereich nachhaltige Entwicklung angesiedelt werden soll.

«Déi Greng» optieren für eine Ansiedlung im Staatsministerium, die LSAP für eine Integration ins Umweltministerium... die Regierungsparteien scheinen sich mittels vorliegendem Entwurf für eine Ansiedlung im Umweltministerium entschieden zu haben. Der Ausdruck «scheinen » ist hierbei sehr bewusst gewählt. So wird zwar im «exposé des motifs» usw. darauf verwiesen, derzeit sei das Umweltministerium zuständig – im Gesetzestext selbst ist diese Zuständigkeit jedoch nicht verankert. Vielmehr wird hier vom «*membre du gouvernement ayant dans ses attributions la coordination interministérielle du développement durable* » gesprochen, der bei dieser Regierung beim Umweltministerium angesiedelt ist. Soll dies in der nächsten Legislaturperiode etwa ändern und sollen sich alle Türen offen gehalten werden um ihm dieser Kompetenz zu entledigen, oder warum wird nicht klar das Umweltministerium im Gesetzestext selbst benannt? Man scheint dem Umweltministerium diese Aufgabe nicht zuzutrauen, oder warum sonst würde der neu zu schaffende Rat für eine nachhaltige Entwicklung dem Staatsministerium unterstehen?!

Es gibt ohne Zweifel Bedenken, dem Umweltministerium die nachhaltige Entwicklung integral zu übertragen. In der Tat mag man sich fragen, inwiefern dieses Ministerium z.B. für die Frage der Überschuldung zuständig sein soll, einem der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung im sozialen Bereich.

Deshalb spricht sich der Mouvement Ecologique für folgende Vorgehensweise aus :

- **Staatsministerium als Koordinierungsstelle der nachhaltigen Entwicklung benennen:**

Die Zusammenführung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen stellt – über jedwede Chancen, die in einer gewissen Symbiose liegen – auch ein Spannungsfeld dar. Es gilt zwischen Interessen abzuwägen, es gilt zusammenzuführen u.a.m. Es wäre wohl blauäugig zu meinen, dass ein sektorielles Ministerium diese Koordinierungsrolle übernehmen könnte. Warum in der Tat sollte, wie bereits erwähnt, das Umweltministerium im sozialen Bereich die Verantwortung tragen – woher nähme es die Kompetenzen und die Legitimation? Insofern tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, die Koordination für den Bereich nachhaltige Entwicklung im Staatsministerium anzusiedeln.

- **Sektorielle Ministerien ihrer Verantwortung nicht entbinden - sondern deutliche Kompetenzen festlegen:**

Ebenso widersinnig aber wäre es, die Verantwortung für die ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung schlechthin ins Staatsministerium zu übertragen. Denn hier stellen sich ähnliche Fragen, wie wenn ein sektorielles Ministerium die alleinige Verantwortung hätte: Warum soll das Staatsministerium die Nachhaltigkeit aus ökologischer Sicht werten? Woher würde es das wissen, die Kompetenzen nehmen? Würde dies nicht auch eine absolute Entmündigung des Umweltministeriums darstellen? Gleiche Anmerkungen gelten im übrigen auch für die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte. Deshalb tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass

- das Umweltministerium die Federführung für die Integration ökologischer Aspekte in die nachhaltige Entwicklung behält
- das Wirtschaftsministerium jene im Bereich der Ökonomie
- die soziale Frage in den hierfür zuständigen Ministerien angesiedelt wird.

Der Mouvement Ecologique wird im übrigen im Rahmen seiner Wahlforderungen vorschlagen, die verschiedenen Verantwortlichkeiten im sozialen Sektor in einem Ministerium für Soziales zu bündeln.

Der Mouvement Ecologique ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass derartige Strukturen den verschiedenen vorgetragenen Argumenten betreffend die Debatte über die Zuständigkeit im Bereich nachhaltige Entwicklung gerecht werden und eine Lösung darstellen, die im Sinne aller Akteure wäre:

- Koordinierungsrolle bei keinem sektoriellen Ministerium, d.h. Gewährleistung einer gewissen Unparteilichkeit
- Keine Entmündigung der sektoriellen Ministerien, keine Überforderung eines Staatsministeriums.

Der Mouvement Ecologique schlägt vor – da die Gewichtung der Kompetenzen von zentralster Bedeutung für das Gesetzesprojekt ist – ein Kapitel 2 einzufügen «Des compétences concernant le développement durable».

Es versteht sich aber von selbst, dass nach Ansicht des Mouvement Ecologique die verschiedenen Ministerien sowie das Staatsministerium mit **ausreichend qualifiziertem Personal** ausgestattet werden müssen – d.h. eine Aufstockung ist unerlässlich – damit sie überhaupt die Arbeit wahrnehmen können. Neue Aufgaben brauchen neue Personalkapazitäten mit entsprechender Qualifikation!

3. Schaffung eines obersten Rates betreffend die nachhaltige Entwicklung: ja, aber in veränderter Form!

Der Mouvement Ecologique ist grundsätzlich der Überzeugung, dass es sinnvoll ist, einen Rat zu schaffen, der sich mit den Aspekten der nachhaltigen Entwicklung befasst. Nur wenn die notwendigen Gremien im Bereich nachhaltige Entwicklung geschaffen werden, wird auch eine Berücksichtigung des Konzeptes in der Praxis stattfinden.

Allerdings ist der «conseil supérieur» so wie er im Gesetzestext vorgeschlagen wird aus mehrerer Hinsicht als äußerst unzufriedenstellend anzusehen:

- **Aufgabengebiet:** In Artikel 2 wird recht allgemein skizziert, was der Rat alles bearbeiten „dürfte“. Diese Liste ist jedoch recht vage gehalten bzw. wird in keiner Form eine formale Einbindung des Rates in Entscheidungsprozesse usw. vorgeschlagen, es werden ihm keine formalen Rechte zugestanden, wie z.B. Mitsprache bei wesentlichen Gesetzesprojekten usw.

Nicht einmal die Rolle des Rates betreffend den Plan für eine nachhaltige Entwicklung sowie den Bericht zur nachhaltigen Entwicklung wird festgelegt! Dabei müsste doch geregelt werden, welche Rolle der Rat hier einnehmen soll. Oder etwa keine? Ebenso ist offen, wie die Gutachten und Stellungnahmen des Rates seitens der Regierung zu berücksichtigen sind oder nicht. In dieser Form riskiert der Rat auf einen Debattierclub reduziert zu werden, an dem die wichtigsten Entscheidungen vorbeilaufen. Interessant ist im übrigen, dass – obwohl sich beim vorliegenden Entwurf z.T. stark am belgischen Gesetz inspiriert wurde - ein Aspekt des belgischen Gesetzes außen vorgelassen wird. Nämlich derjenige, wie die Regierung mit Gutachten des Rates umzugehen hat. Zitiert sei aus dem belgischen Gesetz : « *Le gouvernement indique les motifs pour lesquels il est éventuellement dérogé à l'avis du Conseil* ».

- **Fachlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit:** Des Weiteren ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass dem Rat vor allem auch eine fachliche Rolle zugestanden werden muss, um Gesetzesprojekte zu avisieren, was den Plan für eine nachhaltige Entwicklung betrifft u.a.m. Insofern müsste dem Rat zwingend das Recht eingeräumt werden, u.a. Dritte mit Projekten zu beauftragen (entsprechende Budgetmittel sind vorzusehen). Oder aber der Rat sollte der Öffentlichkeit verpflichtet sein, dies bedeutet u.a. Veröffentlichung seiner Stellungnahmen, Organisation von Hearings und Fachkonferenzen u.a.m.
- **Zusammensetzung:** Am problematischsten jedoch ist die Zusammensetzung des Rates, und dies in doppelter Hinsicht:

* Der Mouvement Ecologique teilt die Kritik u.a. des Staatsrates, dass der Rat sich zu sehr mit anderen ähnlichen bestehenden Räten überlagert. Im Gegensatz aber zum Staatsrat ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass er keine Konkurrenz zum obersten Landesplanungsrat darstellt. In der Tat sind dessen Ziele andere, was auch den Detaillierungsgrad der abzugebenden Gutachten anbelangt. Man darf doch nicht von einem obersten Rat für Nachhaltigkeit erwarten, dass dieser sich im Detail mit einem sektoriellen Plan für GSM-Antennen befassen würde, oder aber der optimalsten Ansiedlung neuer Lyzeen? Dies soll weiterhin Aufgabe eines Rates sein, der sich auf diese räumlichen und landesplanerischen Aspekte fokussiert, natürlich unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien.

Viel eher sieht der Mouvement Ecologique eine Überschneidung mit dem Wirtschafts- und Sozialrat. Wie die Benennung dieses Rates bereits vorgibt, würde dieser durchaus durch die Integration der Umweltbelange in Richtung eines Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates genau den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden.

Entsprechend schlägt der Mouvement Ecologique vor, den Wirtschafts- und Sozialrat umzugestalten.

* Subsidiarisch möchte der Mouvement Ecologique auch seine Bedenken darüber ausdrücken, dass aus **jedem Ministerium ein Vertreter** im Rat anwesend sein soll... Dies erhöht die Schwerfälligkeit der Vorgehensweise bzw. erschwert die notwendige Unabhängigkeit dieses Rates.

4. Zur «commission interdépartementale du développement durable» - gegen eine weitere Entmündigung des Umweltministeriums!

Grundsätzlich sieht der Mouvement Ecologique durchaus den Bedarf, dass auf interministerieller Ebene ein Gremium geschaffen wird, das darauf achtet, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung progressiv Eingang in die sektorische Politik findet.

Die Kommission, wie sie jedoch derzeit beschrieben ist, würde die facto eine gänzliche Infragestellung der Kompetenzen des Umweltministeriums bedeuten und ist in keinsten Form akzeptabel. Sie würde das Umweltministerium seiner Kernfunktionen beschneiden und zu einer Verlagerung der wesentlichsten Aspekte seiner Politik – der Gestaltung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung – in ein interministerielles Gremium bedeuten.

Kommt hinzu, dass gewusst ist, dass von der Prioritätensetzung her dieses Gremium wohl nicht die allergrößte Dynamik im offensiven Bereich entwickeln wird, so dass de facto die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung grundsätzlich einem recht diffusen Gremium übertragen und somit in Frage gestellt werden würde (siehe das Beispiel der interministeriellen Kommission im Bereich Landesplanung!).

Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck auf folgenden Abänderungsvorschlägen:

- **Artikel 10 beschreibt die Missionen dieses interministeriellen Gremiums. Diese Arbeiten obliegen einerseits dem Umweltministerium und andererseits den anderen betroffenen Ministerien und nicht einer interministeriellen Gruppe!**

Folgende Aufgabengebiete, die derzeit gemäss vorliegendem Gesetzesentwurf dieser Kommission übertragen werden sollten, sollten unter dem neuen Kapitel 2 den zuständigen Ministerien übertragen werden :

- *d'élaborer l'avant-projet du plan national pour un développement durable dans le ressort respectif*
- *de favoriser et promouvoir ensemble avec les autres ministères concernés la mise en oeuvre du plan en l'intégrant dans les préoccupations majeures de leur secteur respectif;*
- *de suivre la mise en oeuvre du plan dans le secteur respectif les différents secteurs en assurant l'inventaire et le degré d'achèvement, de réussite ou d'échec des actions, des projets, des mesures et des instruments utilisés, des objectifs visés;*
- *de rédiger tous les deux ans un rapport national tel que visé à l'article 17 sur la politique de développement durable et sur la mise en oeuvre du plan dans les administrations et organismes publics;*
- *de saisir le Conseil de Gouvernement des projets, des actions ou mesures susceptibles de promouvoir la réalisation du plan.»*

Natürlich sollte im Gesetzestext gemäss den obigen Ausführungen zusätzlich

geregelt werden, dass

* die sektoriellen Ministerien den Plan erstellen müssen usw.

* das Staatsministerium die koordinatorische Funktion übernimmt.

- Jedoch macht die Bildung dieser Kommission unbedingt Sinn und sie sollte durchaus mit konkreten Aufgaben versehen werden:
 - Abstimmung zwischen den Ministerien
 - Diskussion, inwiefern bestimmte Gesetzesentwürfe, Regierungsprojekte ... den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden;
 - interministerielle Diskussion, inwiefern die Ziele des Planes offensiv angegangen werden können – woran sie z.T. scheitern, welche neuen Instrumente geschaffen werden müssen.

Diese Vorschläge kommen eher dem belgischen Modell nahe, welcher besagt:

Art. 17. Sans préjudice de ses autres missions visées par la présente loi, la Commission a pour mission:

1. de donner des orientations au Bureau fédéral du Plan dans ses missions visées par la présente loi et de veiller à leur bon déroulement;

2. de définir les missions des administrations et organismes publics fédéraux sous forme d'un protocole de coopération reprenant au moins des dispositions relatives aux normes méthodologiques de référence; les directives générales et les délais recommandés d'exécution des missions;

3. de coordonner les rapports annuels des représentants du gouvernement fédéral sur la politique de développement durable et sur la mise en oeuvre du plan dans chaque administration et organisme public fédéral.

Le Roi peut, par arrêté délibéré en Conseil des Ministres, confier à la Commission toute autre mission relative au développement durable.»

5. Plan für eine nachhaltige Entwicklung: Öffentlichkeit stärker einbinden – Verbindlichkeit gewährleisten

Natürlich ist die Erstellung eines Planes für eine nachhaltige Entwicklung nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine der zentralsten Fragen des Gesetzesprojektes. Grundsätzlich trägt der Mouvement Ecologique die Formulierung im Gesetzesprojekt (wenn denn die Erstellung nicht von der «commission interministerielle» selbst erfolgt). **Jedoch seien folgende Anmerkungen angebracht:**

- In Artikel 14, Punkt 4, wird angeführt, « *Le Ministre arrête les mesures permettant de donner à l'avant-projet de plan la notoriété la plus étendue possible et de consulter la population sur ce sujet.* »

Wie auch in der Stellungnahme der « Chambre de travail » dargelegt wird, wäre es notwendig zu definieren, wie diese **Konsultation** erfolgen soll. Hier besteht in

Luxemburg häufig massiver Nachholbedarf der strukturierten Einbindung der Bevölkerung. Das Mindeste wäre, die Vorgehensweise, wenn schon nicht im Gesetzestext selbst, so doch in einem großherzoglichen Reglement zu definieren.

- Außerdem teilt der Mouvement Ecologique die Sichtweise der « Chambre des fonctionnaires et employés publics » dass die **Verbindlichkeit** des Planes nicht ausreichend gegeben ist, zitiert sei aus deren Stellungnahme : « *Le plan national pour un développement durable est approuvé, dans sa version définitive, par le Gouvernement et ensuite publié au Mémorial. On peut néanmoins se poser la question de la valeur juridique de ce plan. Il semble s'agir uniquement d'une déclaration politique du Gouvernement qui n'aura aucune valeur contraignante. Est-ce que, à l'instar de celles des dispositions de la loi modifiée du 17 juin 1994 relative à la prévention et à la gestion des déchets qui concernent le plan national de gestion des déchets, le plan national pour un développement durable ne devrait pas pouvoir lui aussi être déclaré, en tout ou en partie, obligatoire par règlement grand-ducal?* »

Auch die Partei „Déi Gréng“ führen diesen Punkt an und treten für eine Verabschiedung mittels Abgeordnetenversammlung ein.

Das Gegenargument der Regierung in ihrer Stellungnahme zu einem Gesetzesprojekt der grünen Partei, eine stärkere Verbindlichkeit wäre nicht sinnvoll, da der Plan nur die Funktion habe die Regierung in ihren Entscheidungen zu leiten (de «guider») ist gerade das Grundproblem. Doch: der Plan braucht gerade eine Verbindlichkeit, sonst wird er immer weiter einer Umsetzung harren.

6. Zum Bericht betreffend die nachhaltige Entwicklung

Auch der Bericht für eine nachhaltige Entwicklung hat eine wesentliche Funktion. Stellt sich die Frage, warum hier fast textuell das belgische Gesetz kopiert wurde, allerdings folgende nach Ansicht des Mouvement Ecologique wesentliche Passagen fehlen:

«(le plan)... détermine les mesures à prendre en vue de la réalisation des objectifs du développement durable dans une perspective d'efficacité et de cohérence interne de la politique en cette matière. Il tient compte des éléments de prospective à long terme. Ce plan contient également un plan d'action fixant ses modalités de mise en oeuvre. Au moins les thèmes suivants seront traités (...)

- *La qualité des différents compartiments de la société pendant la période visée;*
- *la cohésion entre les différents compartiments »*

Gerade die operationelle Ausrichtung des Planes mittels Angabe kurz- und mittelfristiger Maßnahmen bzw. die Zuordnung der Verantwortung für deren Umsetzung ist die entscheidende Fragen. Ansonsten der Nachhaltigkeitsplan das bleiben wird, was so manche andere schöne Konzept charakterisiert: nämlich ein Papiertiger!